

Folgen des Klassenverrats

Dreifacher Bankrott des ADGB

Hunderttausende von Mitgliedern verloren / Ueberall Kürzung der Verbandsunterstützung / ADGB-Politik am Ende des Latzins

Nach einem längeren Schweigen sieht sich die Gewerkschaftsbürokratie gezwungen, einige Zahlen und Tatsachen vor die Öffentlichkeit zu bringen, die geradezu sensationell sind. Hier nur einiges aus den letzten Tagen:

Eine Beiratsitzung des Bauergewerksbundes vom 3. August mußte feststellen, daß im Deutschen Bauergewerksbund die Zahl der Mitglieder vom Ende 1929 bis jetzt um 50 000 zurückgegangen ist. Ende 1929 zählte der Verband noch 488 845 Mitglieder, jetzt nur 440 000.

Das sechste ersichtliche Jahrbuch 1930 des Zentralverbandes der Steinarbeiter gibt an; im zweiten Quartal 1929 zählte der Zentralverband der Steinarbeiter 73 298 Mitglieder, Ende 1929 67 982 und am Ende des Berichtsjahres nur 56 835.

Der Fabrikarbeiterverband hat in derselben Zeit rund 49 000 Mitglieder verloren.

In den nächsten Tagen und Wochen erscheinen die Jahresberichte der ADGB-Verände, die ein einigermaßen vollständiges Bild über die Lage in diesen Verbänden geben werden. Nach den bisherigen Angaben schwankt der Prozentsatz der Mitgliederverlustes von 10 bis 20 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Es ist also damit zu rechnen, daß die ADGB-Gewerkschaften schon bisher eine halbe Million Mitglieder verloren haben. Man kann also von einem fluchtartigen Verlassen der ADGB-Gewerkschaften sprechen.

Das ist das Ergebnis der Politik der Gewerkschaftsführer! Zugleich berichten die ADGB-Verände über Abbau der Unterstützungen an die Mitglieder. Die Beiratsitzung des Bauergewerksbundes hat beschlossen, daß die bisherigen Beiträge in der Streik-, Erwerbslosen-, Hinterbliebenen- und Wanderunterstützung herabgesetzt werden. Der Fabrikarbeiterverband hat auf seinem letzten Verbandstag in München ebenfalls einen Abbau der Unterstützungen in einem Umlage bis zu 30 Prozent beschlossen. Auch der Einheitsverband der Eisenbahner sowie der

Metallarbeiter- und Bergarbeiterverband mußten auf Grund der Pleite in ihren Kassen, herangezogen durch den immer mehr zunehmenden Mitgliederabgang einen einschneidenden Unterstützungsabbau vornehmen.

Auf der anderen Seite aber zeigt sich, daß die Gehälter der Gewerkschaftsführer von Verbandstag zu Verbandstag immer mehr erhöht werden. Die Mehrheit der Mitgliedsbeiträge wird durch den Unterhalt der Bürokratie aufgefressen, während für Streiks keine Gelder ausgezahlt werden, wie das aus dem Jahresbericht des ADGB zu ersehen ist.

Neben dem organisatorischen und finanziellen Bankrott leidet der ADGB ebenfalls seinen offensichtlichen politischen Bankrott. Wie Realentschlüsse wirken die täglichen Ereignisse mit die Illusionspolitik und Propagierungen der Niederlagenstrategen des ADGB, die nicht genug von Wirtschaftskrisen und organisiertem Kapitalismus schmeicheln konnten.

Die Logik des Klassenkampfes ist hier als alle höchsten Theorien und Propagierungen der Sozialfaschisten, Gewerkschaften, die aufhören, Kampforganisationen zu sein, die zum Ausgangspunkt ihrer Politik die Rückkehr auf das Wohl und Weh der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates machen, während allmählich ihren Massenanhänger verlieren.

Die abstraktesten Massen müssen den Weg zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung gehen. Keine Gewerkschaftsversammlung, keine Betriebs- und Erwerbslosenversammlung, in der nicht die Noterordnungs-Helmen und Panzertouren, die Streiktruppen an der deutschen Arbeiterbewegung, an den Vorgesetzten gestellt werden.

Bonzen berichwendenden Arbeitergroßrat

Ein Beispiel aus der Aufrechnung des Deutschen Bauergewerksbundes.

Der Kauf und Ausbau des Bundeshauses des Bauergewerksbundes, sowie der Umzug nach Berlin veranschlagt 220 000 Mark. Im Jahre 1930 wurden allein für Gehälter des Vorstandes und seiner Mitarbeiter 452 635 Mark ausgegeben, für die Autos der Bonzokratie und ihre Unterhaltung mehr 122 635 Mark verschleudert.

Dazu hat sich die Bonzokratie eine besondere Unterhaltungs-einrichtung geschaffen. In Paragraph 2 dieser Unterhaltungs-einrichtung wird gesagt, daß Angestellte und ehrenamtliche Funktionäre, die im Dienst einen Unfall erleiden, unter Berücksichtigung des Krankengeldes den vollen Betrag des Arbeitsverdienstes erhalten. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit zu erhalten ist 80 Prozent des bisherigen Arbeitsverdienstes für unbegrenzte Zeit. Im Falle des Todes erhalten die Witwen 10 Prozent und Kinder unter dem 18. Lebensjahr 5 Prozent in Unfallunterstützung des Bestatbeneden. Außerdem erhalten in Angehörigen der tödlich verunglückten Angestellten und ehrenamtlich tätigen Funktionäre 500 Mark.

So hat die Bonzokratie für sich gesorgt. Den einfachen Bundesmitgliedern wurden aber die Verbandunterstützungen abgebaut und für die Unterhaltung des antihilfschwerfsten Grundstücks wurde im Jahr 1930 dreimal mehr ausgegeben, als zur Unterhaltung von Wirtschaftskämpfen.

Bauarbeiter, macht dieser Schandvertrick ein Ende! Abnet ab mit der Bonzokratie des Bauergewerksbundes und bemiert eure Reihen zum Kampf unter Führung des KJVD!

Warum ist das Brot so teuer?

Wie die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Minister Schulerz nahesteht, kürzlich in einem Artikel feststellte, betragen die durchschnittlichen Getreide- und Brotpreise in Paris und Berlin:

	Paris	Berlin (Bäcker)	Berlin (Brotfabrikanten)
1 Kilo Brot	41 Pf.	40 Pf.	45 Pf.
1 Kilo Getreide	28 Pf.	18 Pf.	18 Pf.

Das Kilogramm Getreide war also im Juli in Berlin um 10 Pfennig billiger als in Paris, aber das Brot bei den Bäckern nur um einen Pfennig billiger, bei den Brotfabrikanten sogar um 4 Pfennig teurer als in Paris. Die Preispanne betrug in Paris 13 Pfennig, bei den Berliner Bäckern 22 Pfennig, bei den Berliner Brotfabrikanten 27 Pfennig.

Der Preiswucher der deutschen Brotfabrikanten tritt hier zu Tage. Weber Schulerz nach Brüning traut sich auch den geringsten gegen diesen Preiswucher zu machen, obwohl sie auf anderen Seite Kraft aufbringen, wenn es gilt, Arbeitsschlösser Unterdrückung zu führen oder durch Noterordnung dem Staat die Steuern zu erhöhen.

Woher kommt es aber, daß auch die Berliner Bäcker nicht alle doppelten Preisaufschlag nehmen als ihre Pariser Kollegen. In Kopenhagen beträgt die Preispanne zwischen Getreide und Brot, sogar nur 9,5 Pfennig. Auf diese Frage geht die „Deutsche Tageszeitung“ wohlweislich nicht ein, denn der Grund hierfür liegt in Umwälzungen, Gewerkschaften, Gewerkschaften und nicht zuletzt in dem von der Regierung ausübten vor einigen Jahren freigegebenen Mietwucher bei den gewerblichen Räumen. Die Noterordnungs-Politik führt nicht zu einem Abbau der Preispanne, sondern zu einer fortgesetzten Erhöhung und damit zu einer Erhöhung des Winkels der bäuerlichen Produkte.

Alle Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen tragen dieses Abzeichen zum 17. Internationalen Jugendtag. Jeder Jungkommunist vertritt dieses Abzeichen, wo er steht und geht. Kein Jungprolet ohne

Abzeichen zum 17. Internationalen Jugendtag

vom KJVD Sachsen. Der Preis beträgt 20 Pf. Ortgruppen des KJVD und alle Massenjugendorganisationen bestellen die Abzeichen beim KJVD, Bezirk-Sachsen, Dresden, Konkordienstraße 45.

Erwerbslosenräte Führer des Kampfes

Wie werden die verschiedenen Aufgaben organisiert?

Wir veröffentlichen bereits getrennt die Aufgaben der Erwerbslosenausschüsse und bringen heute die Richtlinien zur Organisation der Kommissionen die nicht den Erwerbslosenräten in Angriff genommen werden muß.

Die Erwerbslosenräte haben außer den leitenden Funktionen verantwortliche, energische Funktionäre aufzustellen, die an die Spitze der Kommissionen (oder Abteilungen), die beim Erwerbslosenrat geschaffen sind, treten. Es sind folgende Kommissionen zu schaffen:

Wirtschaftskommissionen: zur Organisation billiger oder sogar Gratis-Speisestellen für Kinder besonders bedürftiger Erwerbsloser unter Verwendung der unter den im Betriebe lebenden Arbeitern sowie unter den Unterhaltungs bestehenden Erwerbslosen gesammelten Mittel. Bei der Organisation solcher Speisestellen muß der öffentlichen Kontrolle seitens der Erwerbslosen und der im Betriebe lebenden Arbeiter selbst Aufmerksamkeit zugewandt werden. Wenn in den Versammlungen die Frage der Speisestellen behandelt wird, muß ebenso, wie bei der Sammlung von Geldern für ihre Organisation, auseinandergelegt werden, daß diese Speisestellen nicht im entferntesten imstande sein werden, die Not der ungeheuren Erwerbslosensmassen zu lindern. Staat und Unternehmer sind verpflichtet, die Erwerbslosen sicherzustellen und einen Erwerbslosenversicherungsfonds zu schaffen. Alle diese Speisestellen vermögen teilweise die Not besonders stark bedürftiger, wenn auch nur vorübergehend, zu lindern.

Organisationskommissionen: zur Herstellung enger Beziehungen mit den Erwerbslosenausschüssen zur Organisation von Umlagen, Märkten, Demonstrationen, Streikpostenflecken und eines Selbstschutzes usw.

Kultur-, Bildungs- sowie Literatur- und Zeitungskommissionen.

Wohnungskommissionen: denen die Verpflichtung obliegt, alle Ermittlungen zu registrieren und die Rückmeldung zu organisieren, die von den Stadträten den Erwerbslosen zur Verfügung gestellten Räume zu kontrollieren, leerstehende Räume, in denen sich Erwerbslose im Falle der Not unterbringen lassen, zu registrieren, für die Freigabe des Gases, Stroms, Wasserleitungs- und Kanalisationsnetzes in den Wohnungen jener Erwerbslosen zu sorgen, wo Gas, Strom usw. wegen Gebührenrückständen usw. ausgeschaltet wurden.

Kommissionen zur Verteidigung der Interessen der Erwerbslosen: in jenen Ländern, wo die Erwerbslosen Unterstützung auf Grund der Versicherung, auf Grund des „Armenwelsens“ usw. erhalten.

Angesichts dessen, daß die Versicherungsinstitutionen und Krankenkassenräte, die Gemeindevorstände und Stadträte die Unterstützungsbeträge nach ihrem Ermessen festsetzen und nicht selten betrüben sind, die Benützung und ausweglose Lage der Erwerbslosen zu ihren politischen Zwecken auszunutzen haben die Kommissionen zur Verteidigung der Interessen der Erwerbslosen in diesen Armenpflegeinstituten und vor den Gerichtsinstitutionen, die die Beschwerden der Erwerbslosen behandeln, die Erstellung von Auskünften, Ratsschlüssen, Beratungsgremien usw. zu organisieren und die Lage solcher Erwerbslosen zu erleichtern.

Betriebs-Kontrollkommissionen, zu deren Obliegenheiten die Kontrolle der Betriebsentlassungen zu gehören hat. Es gibt Hunderte von Fällen, wo ein Unternehmer Arbeiter entläßt, während er gleichzeitig für die im Betriebe verbleibenden Arbeiter, ja sogar ohne Entlohnung eintritt, wo Rationalisierungsmaßnahmen getroffen und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, während gleichzeitig andere Arbeiter, jedoch in schlechteren Bedingungen eingestellt werden.

In denjenigen Ländern, wo Betriebsräte auf Grund der bestehenden Gesetzgebung vorhanden sind, kommt es vor, daß diese Betriebsräte und Vertrauensleute der reformistischen Gewerkschaften in den Betrieben der Entlassung von Arbeitern zugestimmt haben neuer Arbeiter zustimmen. Die Kontrollkommissionen müssen diese Tatsachen feststellen und die öffentliche Meinung der Erwerbslosen sowie der im Betriebe lebenden Arbeiter mobilisieren, um ein betriebsmäßiges Vorgehen der Unternehmer und reformistischen Betriebsräte zu verhindern.

Schließlich noch die Gewerkschaftskommissionen. Diese Kommissionen können und müssen gegenwärtig die wichtigste Rolle spielen. Es gibt in allen Ländern unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sowie unter den Angestellten aller Richtungen einen großen Prozentsatz Erwerbsloser. In Deutschland gab es im Februar 1931 unter den Gewerkschaftsmitgliedern 34,8 Prozent Vollerwerbslose und 19,2 Prozent Kurzarbeiter. Dabei hat die Erwerbslosigkeit zwangsläufig auch auf die Schichten der gelernten Arbeiter übergriffen. In Amerika beläuft sich der Prozentsatz der Erwerbslosen unter den Mitgliedern der reaktionärsten Gewerkschaftsverbände der Welt (Amerikanischer Gewerkschaftsbund), die nur gutbezahlte gelernte Arbeiter vereinigen, in vielen Berufen auf 30 Prozent (der Gesamtprozentsatz für alle Berufe beträgt 27 Prozent). In den übrigen Ländern ist der Prozentsatz der Erwerbslosen keineswegs geringer. In der Sozialdemokratischen Partei hat der Prozentsatz der Erwerbslosen 30 Prozent überstiegen, was fast gleichbedeutend, daß 50 bis 60 Prozent der Betriebsräte unter

den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei erwerbslos sind, da sich etwa eine halbe Million Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei im Staats-, Stadtrats-, Gemeinde-, Gewerkschafts-, Genossenschaftsapparat, in den Sportvereinen und zahlreichen anderen Verwaltungsapparaten befinden, die vom Abbau nicht betroffen werden und darum nicht zählen. Die erwerbslosen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind in der Hauptsache jene, die in Betrieben und Unternehmungen arbeiten bzw. angestellt sind. (In der SPD beläuft sich dieser Prozentsatz der erwerbslosen Mitglieder stellenweise auf 80 bis 85 Prozent.)

Die Aufgabe der Gewerkschaftskommission bei den Erwerbslosenräten hat darin zu bestehen, die Gewerkschaftsangehörigkeit der Erwerbslosen festzustellen, Material über den Verrat der Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes sowie der einzelnen Arbeitergruppen durch die Gewerkschaftsinstitutionen (in Bezug auf den Lohnabbau der Metallarbeiter, der Bergarbeiter, der Textilarbeiter; in Bezug auf die mit Hilfe der Sozialdemokraten und Reformisten für die Bauarbeiter, die Jugendlichen usw. durchgeführte Verschlechterung der Versicherung usw.) zu sammeln. Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftszentrale Deutschlands müssen ähnliche Noterordnungen und sonstige Maßnahmen aufgeführt werden, die die Lage der im Betriebe lebenden sowie der erwerbslosen Arbeiter hart verschlechtern und von der christlichen Gewerkschaftszentrale unter Führung des Katholiken Brüning sowie unter Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften durchgeführt wurden usw.

Eine solche Enttarnung der Verräterei der Gewerkschaftsinstitutionen muß auf der ganzen Linie, angefangen von den Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und endigend mit den Vereinigungen aller Gewerkschaften des jeweiligen Landes, betrieben werden, wobei zu berücksichtigen ist, welchen politischen Parteien diese Gewerkschaftsvereinigungen angehören (der Sozialdemokratie, dem katholischen Zentrum den Nationalsozialisten usw.).

Dieses kritisch aufgelegene Material der Verräterei mit der genauen Angabe des Ortes, der Zeit, der Gewerkschaften und der politischen Organisationen, die diese Verräterei begangen haben usw., sowie unter Beigabe eines entsprechenden Kommentars muß zum Gemeingut aller Erwerbslosen, besonders aber der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften sowie aller arbeiterfeindlichen politischen Parteien gemacht werden. Die Erwerbslosen müssen über die Haltung der roten Gewerkschaften der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Parteien in allen Fragen der Politik und Latzins, besonders in den Fragen des Lohnabbaus, der Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung und Unterstützung unterrichtet werden. Die Arbeit unter den erwerbslosen Mitgliedern der arbeiterfeindlichen Parteien sowie der den Boden des Klassenkampfes ablehnenden Gewerkschaften muß vermittels einer auf lange Sicht eingestellten überzeugenden Bearbeitung und Erdringung von Beweisen erfolgen und darf keineswegs in Schimpfen und Schreien ausarten. Nur dann wird es möglich sein, die Mitglieder der den Klassenkampf ablehnenden Gewerkschaften und politischen Parteien zu organisieren und durch sie wiederum vermittels ihrer Reden in Versammlungen der Gewerkschaften und politischen Organisationen, die die übrigen Mitglieder dieser Organisationen über die Verräterei der Reformisten, Christlichen, Sozialisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zu unterrichten. Eine überzeugende Bearbeitung sowie Erdringung des Beweises dafür, daß die kommunistische Partei, die roten Gewerkschaften und die Gewerkschaftsopposition recht haben, ist leichter in Bezug auf die erwerbslosen Mitglieder der arbeiterfeindlichen Parteien und Gewerkschaften als in Bezug auf jene Mitglieder dieser Parteien und Organisationen, die noch im Betrieb stehen, obwohl es auch unter letzteren möglich, ja sogar unbedingt notwendig ist, zu arbeiten.

